

Risikokommunikation im Hochwasserschutz

Anleitung und Empfehlungen für die Praxis.

Leitfaden



Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Amt der Kärntner Landesregierung - Abt. 8, UAbt. Schutzwasserwirtschaft
Flatschacher Straße 70, 9020 Klagenfurt am Wörthersee, Austria
Norbert Sereinig - E-mail: norbert.sereinig@ktn.gv.at
Gernot Koboltschnig - E-mail: gernot.koboltschnig@ktn.gv.at

Konzeption und Text:

Umweltbundesamt GmbH, Abteilung Nachhaltige Entwicklung
Spittelauer Lände 5, 1090 Wien, Austria
Therese Stickler - E-mail: therese.stickler@umweltbundesamt.at

Redaktionelle Mitarbeit:

Norbert Sereinig
Gernot Koboltschnig

Gestaltung:

Revital - Integrative Naturraumplanung GmbH
Marian Unterlercher - E-mail: m.unterlercher@revital-ib.at

Das Layout dieser Broschüre basiert auf dem IMRA-Handbuch „Planning and implementing communication and public participation processes in flood risk management - Procedural guidelines and toolbox of methods“, gestaltet von Wizard Comunicazione Integrata, Rom, Italien.

Druck:

Oberdruck

Umschlag: Workshop-Impression (Foto: Revital)

1. Auflage, 2012

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier



PERSPEKTIVEN FÜR
UMWELT & GESELLSCHAFT **umweltbundesamt**^U



Vorwort

Die Wasserrahmenrichtlinie als auch die Hochwasserrichtlinie der Europäischen Kommission fordern bei der Festlegung der Maßnahmen zur Erreichung der Umweltziele und bei der Erstellung von Hochwasserrisikomanagementplänen die Einbeziehung der Öffentlichkeit. Institutionen, die mit Hochwasserrisikomanagement betraut sind, müssen nun verstärkt Risikokommunikation in ihrer täglichen Arbeit anwenden. Aber nicht nur die erwähnten Richtlinien machen eine verstärkte Einbindung der Betroffenen notwendig. Die Kommunikation der bestehenden Risiken, aber auch der nach Umsetzung von technischen Schutzmaßnahmen verbleibenden Restrisiken, stellt einen wesentlichen Aspekt im Risikomanagement dar. Aufgrund der begrenzten Wirksamkeit technischer Schutzmaßnahmen kann nur verstärktes Risikobewusstsein und die damit verbundene Übernahme von Eigenverantwortung langfristig die Hochwasserrisiken senken.

Projekte mit der Einbeziehung vieler Personen und Berücksichtigung unterschiedlichster Interessen sind schwieriger und aufwändiger in der Abwicklung. Die richtigen Personen zum besten Zeitpunkt mit der geeigneten Methode einzubinden – das ist eine Herausforderung für alle, die mit Hochwasserrisikomanagement betraut sind. Das Ergebnis kann aber ein langfristig qualitativ besseres sein, vor allem was die Umsetzung von Planungen betrifft.

Um den Anforderungen der Hochwasserrichtlinie zu entsprechen, technisches Wissen der Fachleute sowie praktisches Wissen der Bevölkerung zusammenzufügen und alle Interessen ausgewogen zu berücksichtigen, braucht es kontinuierliche Dialoge. Diese erfordern nicht nur ein neues Selbstverständnis der für Hochwasserrisikomanagement zuständigen Behörden und ExpertInnen und die Bereitschaft sich auf soziales Lernen einzulassen, sondern auch zusätzliche Ressourcen. Öffentlichkeitsbeteiligung, die nur punktuell und oberflächlich abläuft, kann keine Beziehung zu den Betroffenen aufbauen. Denn ein wesentlicher Schlüssel

der Risikokommunikation ist Vertrauen, das oft erst langsam aufgebaut werden muss. Nach Ansicht des Soziologen Ortwin Renn müssen sich Betroffene auf die Vertrauenswürdigkeit der Institutionen, die eine Risikoabschätzung durchführen, verlassen können. Ist dieses Vertrauensverhältnis gestört, kommt es zu Konflikten und häufig zur Forderung nach Nullrisiko, weil den zuständigen Risikomanagern eine objektive Abwägung nicht mehr zugetraut wird. Eine gut geplante Öffentlichkeitsbeteiligung mit auf die Zielgruppen abgestimmten Informationsmaterialien und ein Dialog auf gleicher Augenhöhe können helfen, Vertrauen aufzubauen.

Die vorliegende Broschüre ist als Hilfestellung für all jene gedacht, die mit Hochwasserrisikomanagement betraut sind. Sie entstand aus den Erfahrungen mehrerer internationaler Projekte (wie etwa den ERA-Net CRUE-Projekten IMRA, UR-Flood und Diane-CM sowie CapHaz-Net) und nationalen Aktivitäten (wie z.B. „Gefahrenzonenplanung für Kinder“, dem Handbuch „Öffentlichkeitsbeteiligung im Hochwasserschutz“ oder den „Österreichischen Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“). Die Broschüre soll zeigen, wie sich eine Institution selbst im System einschätzen und mit anderen vergleichen kann. Ausgehend von dieser ersten Selbstevaluierung geht es Schritt für Schritt zur Planung und Umsetzung von Risikokommunikation.

Der Leitfaden soll einen ersten Einstieg in das Thema bieten, zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema anregen und vor allem zum Umsetzen und Experimentieren vor Ort verleiten.

DI Norbert Sereinig

Amt der Kärntner Landesregierung, Klagenfurt

Dr. Therese Stickler

Umweltbundesamt GmbH, Wien

Inhalt

1	Einleitung	5
1.1	Hochwasser: Gefahr und Risiko	6
1.2	Risikokommunikation planen - 12 Schritte zum Erfolg	7
1.3	Methoden	8
2	Schritt für Schritt zur Risikokommunikation	9
2.1	Phase 1: Bestimmung von Rollen und Zuständigkeiten	9
Schritt 1:	Einschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit in einem Risikomanagement-Prozess	9
Schritt 2:	Zielfestlegung und Abgrenzung des Anwendungsbereiches	9
	Beispiel 1: Standortbestimmung im Risikomanagement-Prozess (Risiko-Governance-Matrix)	10
	Beispiel 2: Diskussion zur Festlegung der Ziele und Methoden der Risikokommunikation	12
Schritt 3:	Bestimmung verfügbarer Ressourcen (Geld, Zeit, Personal)	13
2.2	Phase 2: Identifikation strategischer Partner	13
Schritt 4:	Identifikation der relevanten Akteure (Schlüsselpersonen)	13
	Beispiel 3: Bestimmung der Schlüsselpersonen (Stakeholder-Analyse)	14
	Beispiel 4: Intensitätsstufen der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Gemeinde Großkirchheim	15
Schritt 5:	Konzipierung und Umfang des Partizipationsprozesses	15
	Beispiel 5: Flussplattform	16
Schritt 6:	Einrichtung eines Akteursnetzwerks	16
Schritt 7:	Identifikation der öffentlichen Sichtweise	17
	Beispiel 6: Interview	17
	Beispiel 7: Befragung „Naturgefahr Hochwasser“ in Großkirchheim	18
2.3	Phase 3: Festlegung von Maßnahmen zur Risikokommunikation	20
Schritt 8:	Einigung über Ziele der Kommunikations- und Partizipationsstrategie	20
Schritt 9:	Festlegung der zielgruppenorientierten Kommunikation	20
	Beispiel 8: Zieldefinition anhand eines Schulprojekts	20
	Beispiel 9: Ansatz der sozialen Milieus	21
	Beispiel 10: Maßnahmenplan	22
Schritt 10:	Entwurf eines Plans für die Umsetzung der Kommunikations- und Partizipationsmaßnahmen	22
2.4	Phase 4: Umsetzung	23
Schritt 11:	Umsetzung der Kommunikations- und Partizipationsmaßnahmen	23
	Beispiel 11: Schulprojekt Gefahrenzonenplan für Kinder	24
	Beispiel 12: Ausstellung „45 Jahre Hochwasserereignisse 1965/1966“, Großkirchheim	25
	Beispiel 13: Online Chat (Diskussionen im Internet)	26
	Beispiel 14: Workshop „Verständlichkeit von Informationsmaterial“ in Großkirchheim	27
	Beispiel 15: Visualisierungen von Hochwasser und Wachhalten der Erinnerung	28
	Beispiel 16: Örtliche Überprüfung von Gefahrenkarten	29
2.5	Phase 5: Evaluierung	29
Schritt 12:	Evaluierung (Überprüfung der Ergebnisse)	29
3	Literatur und Links	30

1 Einleitung

Im Hochwasserschutz muss vieles beachtet werden: rechtliche Rahmenbedingungen, technische Möglichkeiten, ökologische, ökonomische und planerische Erfordernisse sowie politische Wünsche. Zusätzlich sollten Wasserbauprojekte transparent sein und unter Einbeziehung der Betroffenen und Abwägung aller Interessen erfolgen. Die Broschüre zeigt, wie über Risikokommunikation diese Einbindung der Öffentlichkeit bei der Planung von neuen Schutzmaßnahmen gestaltet und wie das Bewusstsein über das bestehende Hochwasserrisiko gestärkt werden kann.

Es gibt zwei grundlegende Richtlinien der Europäischen Union, die das Hochwasserrisikomanagement betreffen: die Wasserrahmenrichtlinie und die Hochwasserrichtlinie. In beiden Richtlinien wird die Einbeziehung der Nutzer und der Öffentlichkeit gefordert. Wie diese Richtlinien jedoch genau umgesetzt werden sollen, bleibt auf Grund der so unterschiedlichen gesellschaftlichen und naturräumlichen Voraussetzungen den einzelnen Staaten überlassen. Es ist auch nicht immer leicht, von Beispielen aus anderen Ländern zu lernen, die oft eine andere Tradition der Hochwasserschutzplanung haben und sich auch vom Maßstab her nicht immer leicht umlegen lassen.

Hochwasserschutzprojekte sind oft von Fachleuten dominiert, die mit ihrem juristischen und technischen Wissen solche Vorhaben bearbeiten. Im Gegensatz dazu ist jedoch die Wahrnehmung von Risiko in der Bevölkerung stark von persönlichen Erlebnissen, Bildungsniveau, Geschlecht, Einstellungen und Werten geprägt. Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit können deshalb viel in einem gemeinsamen Dialog gewinnen: die Verwaltung kann lokales Wissen und Hintergrundinformationen erhalten und so die Qualität und Akzeptanz der Planung steigern. Politiker können viel über die Sichtweise und Anliegen der Bevölkerung erfahren, neue Lösungen erarbeiten und eventuelle Konflikte frühzeitig erkennen. Die Öffentlichkeit hat die Möglichkeit, ihre Interessen einzubringen und vielleicht sogar die Gelegenheit, die Planung mitzugestalten.

Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen, wie Raumplanung, Politikwissenschaft, Kommunikation, Wasserbau und Ökologie haben sich mit der Unterstützung von Praktikern vor Ort, betroffenen Bürgern und kommunalen Entscheidungsträgern Gedanken zu diesen Themen gemacht und im Rahmen des internationalen Projektes „Integrative flood risk governance approach for improvement of risk awareness and increased public participation“ - kurz IMRA genannt - ein Handbuch zur gezielten Risikokommunikation und Partizipation erstellt. Im Rahmen des Projektes fand eine österreichische Pilotanwendung im Mölltal in der Gemeinde Großkirchheim (Kärnten) statt.

Die vorliegende Broschüre „Risikokommunikation im Hochwasserschutz“ ergänzt das IMRA-Handbuch, gibt in 12 Schritten Anleitung zur Planung, stellt einige erprobte Methoden vor und illustriert diese mit Beispielen aus der Praxis des Hochwasserschutzes. Für eine ausführlichere Beschreibung des Themas Risikokommunikation wird in der Broschüre auf die entsprechenden Kapitel des IMRA-Handbuchs „Planung und Umsetzung einer Kommunikations- und Beteiligungsstrategie im Hochwasserrisikomanagement“ verwiesen, das eine genauere Befassung mit verschiedenen Themen ermöglicht. Ergänzend dazu gibt es Verweise auf weiterführende Literatur.

Weitere Informationen:

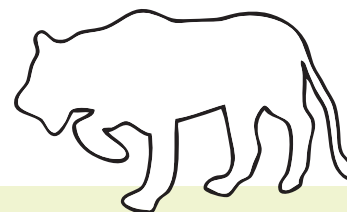
Zu europäischen Planungsfamilien:
siehe Firus et al. (2011a)

Zur Wasserrahmenrichtlinie:
Europäisches Parlament und europäischer Rat
(RL 2000/60/EG)

Zur Hochwasserrichtlinie:
siehe Europäisches Parlament und europäischer Rat
(RL 2007/60/EG)

Zu Nutzen der Öffentlichkeitsbeteiligung:
Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung

1.1 Hochwasser: Gefahr und Risiko



Sowohl die **Gefahr** als auch das **Risiko** sind hoch, wenn man alleine einem Löwen gegenüber steht. Geschieht das allerdings in einem Zoo, wo sich der Löwe hinter Gittern befindet, bleibt die vom Löwen ausgehende Gefahr zwar gleich hoch, es besteht aber ein nur minimales Risiko. Für die Praxis bedeutet das: Wenn man auch die Gefahr meist nicht beeinflussen kann, so kann man versuchen, das Risiko zu reduzieren.

Gefahr und Risiko sind nicht dasselbe. Man spricht von (Natur)Gefahr, wenn durch natürliche Vorgänge Prozesse, wie Hochwasser, Muren, Lawinen, Rutschungen, Steinschläge etc. ausgelöst werden, die Schäden nach sich ziehen können. In manchen Fällen werden die Prozesse auch durch menschliches Tun ausgelöst. Zum Risiko wird Hochwasser erst dann, wenn es Verkehrswege, Siedlungen oder Menschen bedroht. Somit ist auch klar, dass die Höhe des Risikos sehr wesentlich vom Standpunkt bestimmt wird. Was als sogenanntes kollektives Risiko noch leicht akzeptiert werden kann, kann aus der Sicht des individuellen Risikos des Einzelnen inakzeptabel und sogar existenzbedrohend sein.

Wie viel Risiko die Gesellschaft tragen soll, kann nicht allein durch ExpertInnen bestimmt werden. Es braucht dazu eine gesellschaftliche Entscheidung. Im Zusammenhang damit wird oft der Begriff „Good Governance“ verwendet. Im Gegensatz zum herkömmlichen Handeln von Regierung und Verwaltung, wo von oben bestimmt wird, was zu geschehen hat, beinhaltet Governance auch die freiwillige Miteinbeziehung der Betroffenen. Zusätzlich soll gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln auch nachvollziehbar (transparent), effizient, mit klaren Verantwortlichkeiten und fair sein. In einem ständigen Rückkoppelungsprozess zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Betroffenen sollen möglichst qualitätsvolle und langfristige Lösungen erreicht werden. Wie diese Zusammenarbeit im Hochwasserbereich auf den Boden gebracht und geplant werden kann, werden die folgenden Seiten erläutern.

Einen Dialog mit der Bevölkerung zum Thema Hochwasser zu führen ist nicht immer leicht, denn Menschen nehmen Risiko unterschiedlich wahr. Die Wahrnehmung wird davon beeinflusst, wann das letzte Hochwasser war, wo man wohnt (z.B. in Flussnähe), ob man viel oder wenig über Risiken weiß und ob man die Natur als unberechenbar oder zerbrechlich ansieht. Auch Merkmale wie Bildung, Einkommen und Werthaltungen, das Geschlecht, in welcher Lebensphase man sich befindet und individuelle Eigenschaften wie Ängstlichkeit färben das Risikobewusstsein.

Die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Werthaltungen zum Hochwasserrisiko beeinflussen die Bereitschaft von Betroffenen, Informationen zu Hochwasser aufzunehmen, sich an Projekten zu beteiligen oder selbst Vorsorge zu treffen. Denn nur wenige von Hochwasserrisiko Betroffene sehen die Verantwortung für Hochwasserschutz auch bei sich. Meist wird keine Verantwortung wahrgenommen, weil hier von vielen Menschen eine gesellschaftliche und keine individuelle Zuständigkeit gesehen wird.

Weitere Informationen:

Europäisches Regieren - Ein Weißbuch. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2001)

Die Bürger im Blick: Öffentliches Interesse für bessere Politik und bessere Dienstleistungen. OECD (2009)

Zum Unterschied: Risiko und Gefahr
<http://www.reachhelpdesk.at/>

Wahrnehmung von Risiko:

Heinrichs H. & Grunenberg H. (2007): Risikokultur

Walker, G., Whittle, R; Medd, W & Watson, N. (2010): Risk Governance and Natural Hazards.

Renn, O. (2008): Risk Governance: Coping with uncertainty in a complex world.

Renn, O., Schweizer, P. J. (2009): Inclusive Risk Governance.

1.2 Risikokommunikation planen - 12 Schritte zum Erfolg

Im Zentrum der **Risikokommunikation** stehen der Dialog mit Betroffenen und der Öffentlichkeit sowie die Erhöhung des Bewusstseins für Risiken. Im Rahmen des Projektes IMRA wurde ein 12-stufiges Verfahren zur Entwicklung und Umsetzung eines Kommunikations- und Beteiligungsprozesses zum Hochwasserrisikomanagement entwickelt. Eine detaillierte Beschreibung der 12 Schritte finden Sie im Handbuch „Planung und Umsetzung einer Kommunikations- und Beteiligungsstrategie im Hochwasserrisikomanagement“.

Die hier vorgestellten **12 Schritte** stellen nur einen Rahmen zur Planung dar. Einige Fragen brauchen nach wie vor gutes Fingerspitzengefühl: Nicht immer ist auf den ersten Blick klar ersichtlich, wann der beste Zeitpunkt für eine Einbindung von Betroffenen oder der breiten Öffentlichkeit ist. Es sollte nicht zu früh aber auch nicht zu spät informiert werden und die Art und Weise der Einbindung richtet sich auch danach, ob Personen von Hochwasser direkt betroffen oder nur interessiert sind.

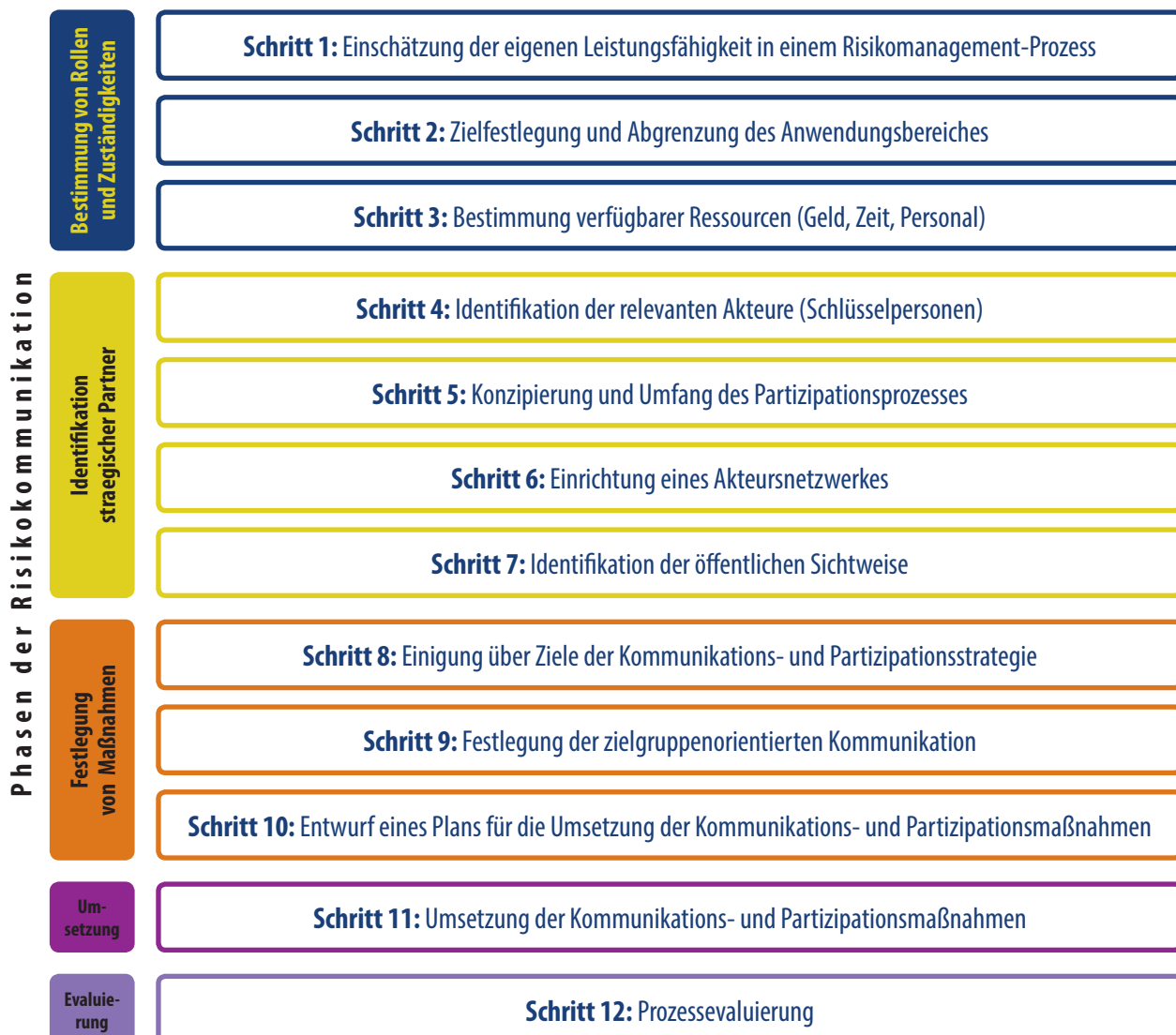


Abbildung 1: IMRA-Konzept zur Entwicklung und Umsetzung eines Kommunikations- und Beteiligungsprozesses zum Hochwasserrisikomanagement.

1.3 Methoden

Jeder der hier angeführten 12 Schritte muss sorgfältig geplant werden und benötigt „Werkzeuge“ für seinen tatsächlichen Einsatz. Auf den folgenden Seiten werden die wichtigsten bzw. effektivsten Methoden zu jedem Schritt genauer dargestellt. Die untenstehende Tabelle gibt eine Übersicht, bei welchem Schritt welche Vorgangsweisen empfohlen werden. Es können jedoch pro Planungsschritt auch andere oder zusätzliche Methoden verwendet werden. Eine ausführliche Darstellung der Methoden finden Sie im IMRA-Handbuch „Planung und Umsetzung einer Kommunikations- und Beteiligungsstrategie im Hochwasserrisikomanagement“.

Die Auswahl einer Methode richtet sich auch nach: Thema, Konfliktstärke, ob kleine, mittlere und große Gruppen eingebunden werden sollen, wie intensiv die Einbindung sein soll, nach der Planungstradition oder auf welcher räumlichen Ebene (lokal, regional, überregional) ein Vorhaben stattfindet. Näheres siehe **IMRA-Handbuch S. 27**.

Weitere Informationen:

Einen **Überblick** über unterschiedlichste Vorgehensweisen zur Öffentlichkeitsbeteiligung finden Sie unter anderem unter:

- Bundesministerium f. Verkehr, Innovation u. Technologie (2008): Leitfaden: Öffentlichkeitsbeteiligung im Hochwasserschutz
- Partizipation.at <http://www.partizipation.at/methoden.html>
- Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung (Arbter et al. 2005)

Zu europäischen „**Planungsfamilien**“: siehe Firus et al. (2011a; S.12)

Tabelle 1: Welche Methode passt zu welchem Schritt im Kommunikations- und Partizipationsprozess?

		Vorbereitung			Information						Dialog				Gemeinsame Entscheidung		
		Stakeholder-Analyse	Ansatz sozialer Milieus	Standortbestimmung Risikomanagement	Online Kommunikation	Öffentlicher Stand mit kleiner Ausstellung	Öffentliche Ausstellung	Mediale Berichterstattung	Bildungs- informationen	Schulwettbewerb	Online-Chat	Virtuelles soziales Netzwerk	Befragungen, Interviews oder Fragebögen	Schulprojekt	Welt-Café	Akteursworkshop	Öffentlicher Workshop
Bestimmung von Rollen und Zuständigkeiten	Schritt 1: Einschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit in einem Risikomanagement-Prozess			■												■	
	Schritt 2: Zielfestlegung und Abgrenzung des Anwendungsbereiches			■												■	■
	Schritt 3: Bestimmung der verfügbaren Ressourcen (Geld, Zeit, Personal)			■											■		
Identifikation strategischer Partner	Schritt 4: Identifikation der relevanten Akteure	■		■												■	
	Schritt 5: Konzipierung und Umfang des Partizipationsprozesses	■	■												■	■	■
	Schritt 6: Einrichtung eines Akteursnetzwerkes	■		■											■	■	
	Schritt 7: Identifikation der öffentlichen Sichtweise		■							■	■	■		■	■	■	■
Festlegung von Maßnahmen	Schritt 8: Einigung über Ziele der Kommunikations- und Partizipationsstrategie			■												■	■
	Schritt 9: Einigung über anzuwendende Kommunikations- und Partizipationsmaßnahmen		■												■	■	■
	Schritt 10: Entwurf eines Plans für die Umsetzung der Kommunikations- und Partizipationsmaßnahmen			■												■	
Umsetzung	Schritt 11: Umsetzung der Kommunikations- und Partizipationsmaßnahmen				■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Evaluierung	Schritt 12: Prozessevaluierung			■								■				■	

2 Schritt für Schritt zur Risikokommunikation

Ein erfolgreicher Kommunikations- und Partizipationsprozess benötigt eine gründliche Planung, Umsetzung und Evaluation, die sich in Phasen darstellen lassen:

- Phase 1: Bestimmung von Rollen und Zuständigkeiten
- Phase 2: Identifikation strategischer Partner
- Phase 3: Festlegung von Maßnahmen
- Phase 4: Umsetzung
- Phase 5: Evaluierung

Jede Phase besteht aus einem oder mehreren Schritten, die einem chronologischen Ablauf folgen.

2.1 Phase 1: Bestimmung von Rollen und Zuständigkeiten

Zu Beginn eines Kommunikations- und Partizipationsprozesses sollten die für die Durchführung Verantwortlichen die eigene Position, die derzeitige Situation und die Schwächen und Stärken analysieren. Weitere Schritte sind die Prozessplanung sowie die Festlegung von Ressourcen.

Schritt 1: Einschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit in einem Risikomanagement-Prozess

Der erste Schritt einer Planung ist eine Bestimmung des derzeitigen Managements der Risikokommunikation: wo liegen die Schwächen und Stärken, wo steht man im Vergleich zu anderen und in welchen Bereichen soll und kann eine Verbesserung erfolgen?

Mögliche Methoden für Schritt 1:

- Standortbestimmung Risikomanagement (S. 10)
- Workshop mit VertreterInnen der organisierten Öffentlichkeit und Behörden

Weitere Informationen:

IMRA-Handbuch (Fleischhauer et al. 2012): S. 11
IMRA Final Report (Firus et al. 2011b): S. 22

Schritt 2: Zielfestlegung und Abgrenzung des Anwendungsbereiches

Das Ziel der Risikokommunikation ist ausschlaggebend für die weitere Planung: Jedes Projekt hat seine Vorgeschichte. Risikokommunikation muss daher maßgeschneidert auf das Problem, das Risiko, das Konfliktpotenzial und das Ziel gestaltet werden. Zusätzlich sind jedem Projekt rechtliche, technische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen gesetzt.

Ziehen Sie folgende **Fragen** in Betracht:

- Was möchten Sie mit der Öffentlichkeitsbeteiligung erreichen?
- Welche Personengruppen sollen informiert oder einbezogen werden? Eine möglichst zeitige Einbindung sollte vor allem von Personen mit Parteilstellungsrechten (z.B. GrundbesitzerInnen) erfolgen, sowie durch persönliche Kontakte mit Vertretern von Behörden und der organisierten Öffentlichkeit.
- Art der Öffentlichkeitsbeteiligung: Soll der Schwerpunkt nur auf Information liegen, gibt es eine konsultative Einbindung oder gar eine gemeinsame Entscheidungsfindung?
- Welche Art von Information soll bereitgestellt und verteilt werden?
- Wie soll die Information verteilt und gestreut werden?
- Wann sollen die Ziele erreicht sein?

Es ist empfehlenswert, diese Fragen zuerst intern, dann zusätzlich mit externen Schlüsselpersonen zu erläutern. Um die Interessen der verschiedenen Beteiligten möglichst früh zu erfahren, muss schon in der Planungsphase Kontakt aufgenommen werden.

Mögliche Methoden für Schritt 2:

- Standortbestimmung Risikomanagement
- Diskussion mit Vertretern von Behörden, der organisierten Öffentlichkeit und Betroffenen (Beispiel S. 12)
- Öffentliche Diskussionsveranstaltung

TIPP: *Andere Standpunkte, andere Problemwahrnehmungen sollten nicht durch eine zu frühe Präsentation von Lösungen unterdrückt werden.*

Beispiel 1: Standortbestimmung im Risikomanagement-Prozess (Risiko-Governance-Matrix)

Anhand von Indikatoren wird ein bestehendes oder geplantes Risikomanagement bewertbar gemacht. Diese Methode kann einerseits intern zur Planung, Zielbestimmung und Prioritätensetzung oder auch zur Kommunikation mit externen Partnern genutzt werden. Zusätzlich kann nach Projektende gemessen werden, in welchen Bereichen es auch wirklich zu Fortschritten gekommen ist.

Es lohnt sich, die Indikatoren in einem kleinen Workshop auszufüllen. Die Teilnehmer sollten so gewählt werden, dass ein Überblick zu allen Indikatoren entsteht. Da diese Indikatoren für internationale Projekte entwickelt wurden, kann es für österreichische Zwecke durchaus sinnvoll sein, wenn einige Indikatoren weggelassen, abgeändert oder neu hinzugefügt werden.

	Kern-Indikatoren	Klassifizierung				
		Rot	Orange	Gelb	Grün	Blau
Grundsätze	Grad der Definition und Akzeptanz der (Leit-) Prinzipien	keine (Leit-) Prinzipien	Diskussionsprozess zu den (Leit-) Prinzipien hat begonnen	alle (Leit-) Prinzipien sind definiert	Diskussion bzgl. des „Zielsystems“ hat begonnen	Prinzipien (über ein konsistentes Zielsystem, welches kontinuierlich überprüft und ggf. angepasst wird) sind operationalisiert
	Grad der Definition und Akzeptanz der Schutzziele und Schutzobjekte	Schutzziele und Schutzobjekte sind nicht definiert	Prozess und/oder Diskussion bzgl. der Schutzobjekte und Schutzziele ist initiiert	alle Schutzziele und Schutzobjekte sind definiert	Verbindlichkeit der Schutzziele ist geregelt	Schutzziele werden kontinuierlich überprüft und ggf. angepasst
	Grad des gegenseitigen Vertrauens und Respekts	Das Thema „Vertrauen“ wird nicht angesprochen		Vertrauen wird fallbezogen diskutiert		Vertrauen wird systematisch reflektiert und – falls zutreffend/ möglich – gemessen

Prozess	Definition der Verantwortlichkeiten/ Zuständigkeiten	Verantwortlichkeiten / Zuständigkeiten sind nicht definiert	Diskussionsprozess zur Definition von Verantwortlichkeiten / Zuständigkeiten hat begonnen	Verantwortlichkeiten / Zuständigkeiten sind definiert	Verantwortlichkeiten / Zuständigkeiten sind implementiert	Verantwortlichkeiten / Zuständigkeiten werden kontinuierlich überprüft und ggf. angepasst
	Definition und Verständigung auf eine Begründung/Rechtfertigung zum Umgang mit Risiken	keine Begründung / Rechtfertigung	Diskussionsprozess zur Begründung / Rechtfertigung hat begonnen	Begründung / Rechtfertigung zum Umgang mit Risiken liegt vor	Begründung / Rechtfertigung stellt einen Teil der verbindlichen Maßnahmen dar	existierende Begründung/ Rechtfertigung wird kontinuierlich überprüft und ggf. angepasst

Stakeholder	Grad der Bekanntheit aller Gruppen und ihrer Erwartungen	weder soziale Gruppen noch ihre Erwartungen sind bekannt	Prozess der Identifikation hat begonnen (bspw. durch eine Interessenanalyse)	soziale Gruppen sind bekannt	Erwartungen der sozialen Gruppen sind bekannt (Interessenanalyse ist abgeschlossen)	kontinuierliches Monitoring der Erwartungen ist implementiert
	Ausmaß der Verfügbarkeit und Verständlichkeit von relevanten Informationen für die sozialen Gruppen	relevante Risikoinformationen bzw. ihre Verfügbarkeit sind nicht bekannt / zugänglich	Diskussion über die Vermittlung der Risikoinformationen hat begonnen	Leitlinien für die Informationspolitik sind verfügbar (inkl. Festlegung der Zugangsrechte)	Leitlinien für die Informationspolitik sind angewandt	kontinuierliche Qualitätskontrolle (Verständlichkeit und Verfügbarkeit von Informationen)
	Grad der Toleranz/Akzeptanz seitens der sozialen Gruppen	Toleranz / Akzeptanz des Prozesses und seiner Ergebnisse werden ignoriert	Diskussion über die Schaffung von Toleranz / Akzeptanz hat begonnen	Kriterien bzgl. der Messung von Toleranz / Akzeptanz sind definiert	Messung der Toleranz / Akzeptanz ist ein Teil des Prozesses	Das Fehlen von Toleranz / Akzeptanz führt zur Überprüfung des Prozesses und/oder seiner Ergebnisse
	Qualität des Dialogs (Ein-Weg oder Zwei-Wege)	Es findet kein Diskurs mit sozialen Gruppen statt	Diskussion über die Initiierung und Erarbeitung eines Diskursprozesses hat begonnen	Interessen und Erwartungen bzgl. des Diskursprozesses sind bekannt	Dialogkonzepte werden von den Teilnehmern akzeptiert (bspw. Zielvereinbarungen, Verantwortlichkeiten, Kompetenzen)	Diskursprozesse sind ein integraler Teil des Risk-Governance-Prozesses und werden konsequent überprüft

Eine Farbskala symbolisiert, wo man im Risikomanagement steht:

- Rot ... noch nicht begonnen
- Orange ... Anfangsphase
- Gelb ... Entwicklungsphase
- Grün ... Umsetzungsphase
- Blau ... Verbesserungsphase

Kern-Indikatoren		Klassifizierung				
		Rot	Orange	Gelb	Grün	Blau
Ressourcen	Realisierungsgrad eines Finanzierungskonzeptes	Kosten und Nutzen des Risk-Governance-Prozesses sind nicht monetarisiert	Kalkulation der Kosten und Nutzen ist initiiert	Beziehung zwischen Kosten und Nutzen ist transparent	Finanzierung ist möglich	Ausreichende Finanzmittel sind verfügbar, der Bedarf wird kontinuierlich überprüft und ggf. angepasst
	Realisierungsgrad eines Personaleinsatzkonzeptes	Keine Berücksichtigung bzgl. des Personaleinsatzkonzeptes	Konzeption des benötigten Personaleinsatzkonzeptes wird initiiert	Qualität und Kompetenzen werden definiert (Stellenplan)	Auswahlprozedur wird durchgeführt	Adäquate personelle Ressourcen sind verfügbar, werden kontinuierlich überprüft und ggf. angepasst
Expertise	Grad der Definition und Verständigung über der Rolle der Experten	Expertenrolle ist nicht definiert	Definition der Probleme / Fragen und Erfordernisse bzgl. (externer) Expertise (bspw. wissenschaftliche Betreuung, Kommunikationsberater, Gutachter...)	Mögliche Experten namentlich bekannt	Zustimmung der Prozessteilnehmer bzgl. der Expertenrolle und der benannten Personen	Expertise ist in den laufenden Prozess integriert (inkl. Erfolgskontrolle)
Koordination	Grad der Realisierung einer Abstimmung von Vorhaben der relevanten Entscheidungsträger	Keine Berücksichtigung, in welchem Ausmaß die unterschiedliche Vorhaben von den Entscheidungsträgern („interessierten Stellen“) geplant sind	geplante Vorhaben identifiziert	Entwicklung eines Konzeptes zur Koordination der geplanten Vorhaben	Einigung auf ein Konzept zur Koordination der geplanten Vorhaben	Konzept zur Koordination der geplanten Vorhaben ist umgesetzt
Kooperation	Grad der Definition und Einigung bzgl. der Verantwortlichkeiten der Entscheidungsträger	Keine Berücksichtigung, in welchem Ausmaß die Zuständigkeit zwischen den Entscheidungsträgern („interessierten Stellen“) fragmentiert ist	Fragmentierung der Zuständigkeit identifiziert	Entwicklung eines Konzeptes zur Kooperation der Entscheidungsträger	Einigung auf ein Konzept zur Kooperation der Entscheidungsträger	Implementierung des Konzeptes zur Kooperation der Entscheidungsträger

Bestimmung von Rollen und Zuständigkeiten

Beispiel 2: Diskussion zur Festlegung der Ziele und Methoden der Risikokommunikation

In einer **Diskussionsrunde**, an der der Bürgermeister, Vertreter der Feuerwehr, der Bergrettung, der Lawinenkommission, der Wildbach- und Lawinenverbauung, der Wasserwirtschaft, des Müllverbandes sowie Zeitzeugen der Hochwasserkatastrophen von 1965/1966 teilnahmen, wurde über passende Informationsaktivitäten in Großkirchheim abgestimmt.

Fragen dazu waren:

- Mit welchen Mitteln kann das Bewusstsein für das Risiko bei der Öffentlichkeit präsent gehalten werden?
- Wie kann die Öffentlichkeit an der Erstellung von Hochwasserrisikomanagementplänen mehr teilhaben?
- Wo funktioniert die Zusammenarbeit der vom Hochwasser betroffenen Organisationen gut? Wo gibt es noch Verbesserungsbedarf?

Alle **Anregungen** wurden aufgeschrieben und anschließend von den TeilnehmerInnen mit Punkten bewertet und gereiht. Die Ergebnisse der Diskussion wurden direkt in die Ziele des Projekts übernommen.

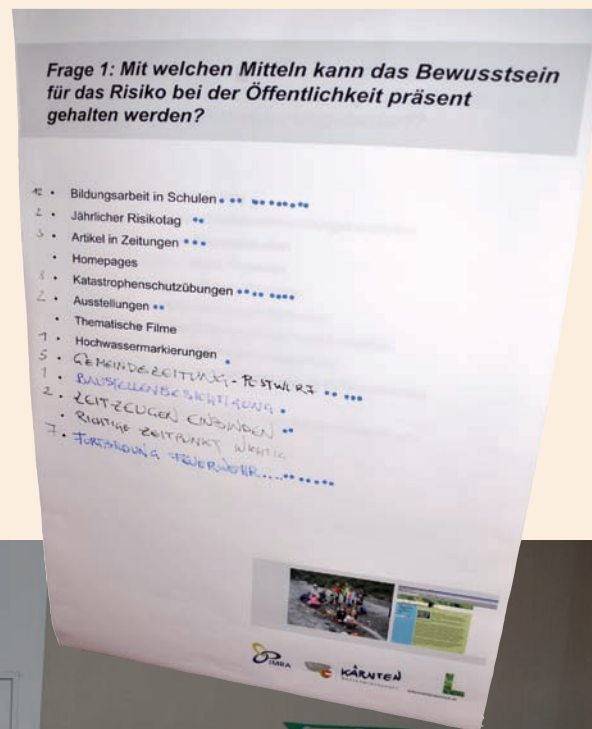


Foto: AKL 8 - SchWW / Koboltschnig

Abbildung 2: Diskussion zum Thema Hochwasserschutz in Großkirchheim (Mölltal, Ö).

Begriffe:

Stakeholder, Schlüsselpersonen, Akteure:

Mit diesen Begriffen werden oft Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Politik, Interessensvertretungen (wie Kammern), Umweltorganisationen oder Vereine bezeichnet. Es können zu diesem Begriff jedoch auch direkt Betroffene hineingenommen werden.

Im Gegensatz dazu steht die **breite Öffentlichkeit**, die Allgemeinheit, die ebenfalls in Beteiligungsprozessen eingebunden werden kann.

Schritt 3: Bestimmung verfügbarer Ressourcen (Geld, Zeit, Personal)

Öffentlichkeitsbeteiligung ist oft ein zeit- und ressourcenintensives soziales Lernen. Alle Schritte zur Verbesserung der Risikokommunikation müssen sich an vorhandenen Mitteln ausrichten:

- Zeit (ordnen Sie den Zielen einen genauen Zeitplan zu und planen Sie Puffer mit ein)
- Geld (Raummiete, Bewirtung, Ausstellungen, Informationsmaterial, Webseiten, Befragungen, Exkursionen, externer Moderator,...)
- Personal

Berücksichtigen Sie nicht nur Ihre eigenen, sondern auch die zeitlichen Ressourcen derer, die Sie gerne in den Dialog einbinden möchten. Daher ist es auch entscheidend, eine derartige Veranstaltung so anzusetzen, dass sie zeitlich passend anberaumt wird (nicht während der Arbeitszeit, aber auch nicht zu spät am Abend, nicht während der typischen Urlaubszeit,...).

Mögliche Methoden für Schritt 3:

- Standortbestimmung Risikomanagement (S. 10)
- World Cafe (Kleingruppengespräche)

TIPPS:

Denken Sie daran, dass es von Vorteil sein kann, einen **externen Moderator** für den Dialog zu nehmen. Dies ist vor allem dann empfehlenswert, wenn die Projektträger als nicht neutral wahrgenommen werden oder es um sehr konfliktreiche Themen geht.

Eine **Bewirtung** kann dazu dienen, sich bei den TeilnehmerInnen und Teilnehmern zu bedanken, dass sie mitgewirkt haben. Zusätzlich können sich die Beteiligten untereinander in einem gemütlichen Rahmen austauschen.

2.2 Phase 2: Identifikation strategischer Partner

In dieser Phase werden die strategischen Partner identifiziert und die detaillierte Prozessplanung vorgenommen. Der Aufbau eines Netzwerks der wichtigsten Akteure und die Abfrage der Meinung der breiten Öffentlichkeit gehören ebenfalls zu dieser Phase.

Schritt 4: Identifikation der relevanten Akteure (Schlüsselpersonen)

Grundsätzlich gilt, dass alle wichtigen Interessengruppen die Möglichkeit bekommen sollten mitzuwirken. Ein Instrument, um die Betroffenen zu bestimmen, ist die Akteursanalyse (auch als Stakeholderanalyse bezeichnet):

- Was ist das Ziel des Projektes und wen muss ich einbinden, um dieses Ziel zu erreichen?
- Wie stark werden durch das Projekt wessen Interessen beeinflusst? Wer sind die wichtigsten Gruppen/Personen?
- Welche Gruppen müssen von Rechts wegen eingebunden werden?
- Welche Personen haben schon bei ähnlichen früheren Projekten mitgewirkt?
- Ist die Vielfalt der Interessen abgedeckt?
- Wer verfügt über die Möglichkeiten das Projekt positiv zu beeinflussen (etwa durch Fachwissen, regionales/lokales Wissen, Kreativität, gute Kontakte in die Region)?
- Wer verfügt über Ressourcen, das Projekt oder dessen Umsetzung zu behindern (Rechtsmittel, politischer Druck, medialer Druck, Aktivierungspotenzial)?

Kriterien zur Auswahl sind weiters:

- Soll ein Gespür für die Meinung, Stimmung und Bedürfnisse entwickelt werden?
- Sollen die TeilnehmerInnen aktiviert werden?
- Könnten die TeilnehmerInnen zusätzliche Informationen, Praxiswissen oder Daten einbringen?

- Soll über Konflikte gesprochen werden?
- Werden die TeilnehmerInnen für die Umsetzung von Maßnahmen benötigt?

Eine solche Analyse kann noch erweitert werden, etwa durch Fragen wie: Was sind die Interessen der jeweiligen Gruppen? Wie sehen die Beziehungen zwischen den Gruppen aus? Gibt es Konflikte? Wer kooperiert mit wem? Wie fließen Informationen zwischen den Gruppen?

Mögliche Methoden für Schritt 4:

- Stakeholder-Analyse (Beispiel unten)
- Standortbestimmung Risikomanagement
- Workshop zur Identifikation der Schlüsselpersonen

Weitere Informationen:

Bundesministerium f. Verkehr, Innovation u. Technologie (2008): Leitfaden: Öffentlichkeitsbeteiligung im Hochwasserschutz (S. 34 und 38)

IMRA-Handbuch (Fleischhauer et al. 2012): S. 12

DIANE-CM (Abschlussbericht; Evers et al. 2011)

PLANAT (2012): Praxiskoffer Risikodialog Naturgefahren

Beispiel 3: Bestimmung der Schlüsselpersonen (Stakeholder-Analyse)

Anhand einer solchen Matrix können Sie die wichtigsten Schlüsselpersonen und ihre Betroffenheit vom Projekt identifizieren. Der Kreis der möglichen Beteiligten und Akteure ist je nach Aufgabenstellung zu erweitern oder zu reduzieren.

Beteiligte / Akteure	Ziel	Interessen	Einfluss	Betroffenheit durch Projekt	Rechtsstatus im Projekt	Organisationsgrad	Ebene	Konflikte
Beispiele	z. B. Ortsdaten, Wissen, Konfliktvermeidung, Unterstützung, Umsetzung, Endnutzer	z. B. Risikomanagement, wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit, Regionalplanung, Erholung, Naturerlebnis, Heimat	z. B. hoch, mittel, gering	z. B. hoch, mittel, gering	z. B. Partei, Beteiligte	z. B. hoch, mittel, gering	z. B. lokal, regional, national, international	z. B. verschiedene Ziele, politische Hindernisse, Kompetenzen, Verantwortlichkeiten, persönliche Konflikte
Eigentümer								
Tourismus								
Gemeinden								
Wasserbau-Verwaltung								
Transport/Logistik								
Wasserkraftwerke								
Versicherungen								
Land (z.B. Raumplanung, Naturschutz)								
Erholungsnutzer/Sportler								
NGOs/Vereine								
Fischerei								
Agrarverbände/Bauernvertreter								
Zivilschutz (z.B. Feuerwehr)								
Lokale Bevölkerung								
Industrie/Gewerbe								

Quelle: BMVIT (2008) nach Hostmann et al. 2005, Junker & Buchegger, 2005

Schritt 5: Konzipierung und Umfang des Partizipationsprozesses

Die gesetzlich festgeschriebenen Möglichkeiten zur Einbindung der Betroffenen (z.B. als Partei oder Beteiligte) können durch freiwillige, informelle Aktivitäten gut ergänzt werden. Gesetzlich geforderte und freiwillige Einbindung sollten gut aufeinander abgestimmt werden und nicht als parallele, schlimmstenfalls konträre Vorgänge ablaufen. Freiwillige Öffentlichkeitsbeteiligung kann jedoch durchaus verbindliche Resultate erzeugen (z.B. Gemeinderatsbeschluss).

Es gibt verschiedene Intensitäten der Öffentlichkeitsbeteiligung: die Information, die Anhörung (Konsultation) und die aktive Beteiligung (Mitbestimmung; siehe Abbildung 3).

Grundlage für jede Öffentlichkeitsbeteiligung ist Information; Information alleine wird aber nicht als ausreichende Öffentlichkeitsbeteiligung gesehen und muss auch immer genau auf die jeweiligen Zielgruppen maßgeschneidert werden. Die Art und Weise, wie die Öffentlichkeit eingebunden wird, kann sich während des Projektlaufes ändern. Auch werden meist direkt Betroffene oder Vertreter der organisierten Öffentlichkeit stärker eingebunden als die Allgemeinheit.

Mögliche Methoden für Schritt 5:

- Stakeholder-Analyse (Beispiel S. 14)
- Workshop
- Ansatz der sozialen Milieus (S. 21)
- Öffentliche Diskussionsveranstaltung
- World Cafe (Kleingruppengespräche)

TIPP: Vermitteln Sie von Anfang an ganz klar, wie hoch der **zeitliche Aufwand** für die Beteiligung ist, was von den Beteiligten erwartet und wie mit den Ergebnissen umgegangen wird: so kann überhöhten Erwartungen von TeilnehmerInnen vorgebeugt werden!

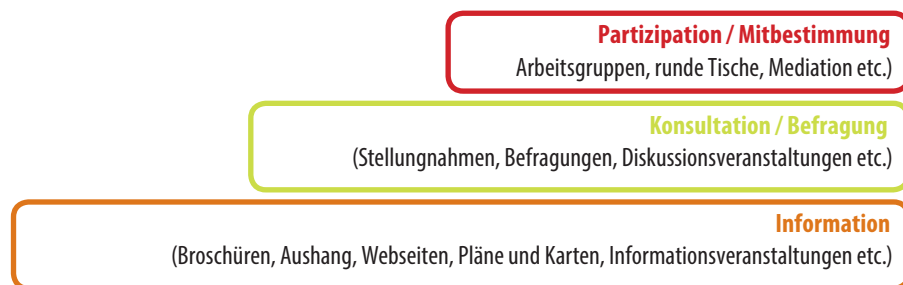


Abbildung 3: Intensitätsstufen der Öffentlichkeitsbeteiligung (nach Arbter et al. 2005).

Beispiel 4: Intensitätsstufen der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Gemeinde Großkirchheim

In einem Projekt in der Gemeinde Größkirchheim (Mölltal) wurden folgende Intensitätsstufen gewählt:

	Beteiligte	Einbindung durch
Information	Einwohner der Gemeinde	Gemeindezeitung, Ausstellung, Folder
Konsultation	Einwohner der Gemeinde Ausgewählte GemeindegliederInnen	Diskussionsveranstaltungen, Fragebögen, Workshop zur Gestaltung von Informationsmaterial
Mitbestimmung	Bürgermeister, Wildbach- und Lawinenverbauung, Lawinenkommission, Bergrettung, Feuerwehr, Wasserverband, ZeitzeugInnen	Workshops: Auswahl Kommunikation, Verbesserung der Mitbestimmung und der Kooperation, Gestaltung Informationsmaterial; Folgeaktivitäten

TIPP:

Versuchen Sie, einen „Local Champion“ (z.B. eine in der Gemeinde bekannte Persönlichkeit) zu finden, der dabei unterstützt, als Ansprechperson das Thema Hochwasser vor Ort längerfristig zu verankern.

Schritt 6: Einrichtung eines Akteursnetzwerks

Eine aktive Beteiligung der Öffentlichkeit, wie sie auch in der Wasserrahmenrichtlinie gefordert wird, beinhaltet mehr als nur das Entgegennehmen von Stellungnahmen. Hier stehen die Diskussion zwischen Behörden und Beteiligten, das Aushandeln von Konflikten und die gemeinsame Suche nach Lösungen sowie die gemeinsame Planung im Mittelpunkt.

Wissenschaftler, Experten und Verwaltung sehen Öffentlichkeitsbeteiligung oftmals immer noch als Werkzeug, um die Akzeptanz ihrer Entscheidungen in der Bevölkerung zu erhöhen: „Wenn wir den Leuten erklären, wie gut und sinnvoll unsere Entscheidungen sind, dann werden sie es auch verstehen“. Menschen fühlen jedoch intuitiv, ob sie als gleichberechtigte PartnerInnen oder als zu Belehrende eingebunden werden. Nicht die Belehrung der unwissenden Laien

durch die ExpertInnen steht im Vordergrund eines Beteiligungsprozesses, sondern der gleichberechtigte Einbezug von lokalem Wissen oder Praxiswissen.

Eine gut durchgeführte Öffentlichkeitsbeteiligung wird zum gemeinsamen Lernprozess, der sowohl fachliches als auch soziales Lernen jedes Teilnehmers beinhaltet. Ein Ergebnis, an dem gemeinsam gearbeitet oder das sogar ausgewählt wird, überzeugt meist mehr als das Hinnehmen-Müssen einer einzigen vorgegebenen Lösung.

Mögliche Methoden:

- Stakeholder-Analyse (Beispiel S. 14)
- Workshop
- Standortbestimmung Risikomanagement (S. 10)
- World Cafe (Kleingruppengespräche)

Beispiel 5: Flussplattform

An der Gurk bemühte man sich im Rahmen eines Pilotprojektes zur Ausarbeitung eines Schutzwasserwirtschaftlichen Raumentwicklungsplanes um einen partnerschaftlichen Weg.

Schutzwasserbau, Raumplanung und Gemeinden suchten gemeinsam nach Lösungen zur Flächen-

widmung im Hinblick auf einen nachhaltigen Hochwasserschutz und eine günstige Gewässerentwicklung. Als gemeinsames Diskussionsforum wurde die Flussplattform Gurk geschaffen. In den Jahren 2004 - 2005 trafen sich Gemeindepolitiker, Betroffene, Interessierte und Fachleute aus Schutzwasserbau und Raumplanung mehrmals zu Gesprächen und Besichtigungen vor Ort. Dabei konnte viel Information ausgetauscht aber auch Verständnis und Bereitschaft zur Mitarbeit geerntet werden.



Abbildung 3: Flussplattform im Stadtsaal von Straßburg (Gurktal, Kärnten).



Abbildung 4: Lokalaugenschein der Plattformteilnehmer an der Gurk.

Fotos: Revital

Schritt 7: Identifikation der öffentlichen Sichtweise

Um die Kommunikation zum Thema Hochwasserrisiko zu planen, ist es notwendig, herauszufinden:

1. welche Einstellungen und Werte, die das Bewusstsein für Hochwasserrisiko beeinflussen können, die Zielgruppen haben. Dies kann mit einer Analyse der sozialen Milieus erfolgen.
2. wie der Stand des Wissens zu Hochwasserrisiko ist und wie das Risiko wahrgenommen wird. Dies kann durch (qualitative) Interviews oder (quantitative) Fragebögen erfolgen.

Ein **Interview** wird meist mit Schlüsselpersonen geführt. Bei einem qualitativen Interview gibt es einen Interviewleitfaden, der den roten Faden des Gesprächs bildet. Diese Art von Interview ist eher ein Dialog als ein strenges Abfragen nach Punkten; zusätzliche Themen können aufgenommen, Interes-

santes im Detail besprochen, Hintergründe abgefragt und persönliche Eindrücke eingeflochten werden.

Ein **Fragebogen** ist eine quantitative Methode, um sehr strukturiert und vergleichbar abzufragen. Durch diese Vereinheitlichung können auch sehr große Bevölkerungsgruppen interviewt werden und – falls eine repräsentative Auswahl stattgefunden hat – eine statistische Auswertung erfolgen.

Mögliche Methoden:

- Ansatz der sozialen Milieus (S. 21)
- Online Chat (Beispiel S. 26)
- Soziale Netzwerke (im Internet)
- Befragungen (Interviews oder Fragebögen) (Beispiele S. 17 und 18)
- World Cafe (Kleingruppengespräche)
- Öffentliche Diskussionsveranstaltung

Beispiel 6: Interview



Foto: C. Stockler

Abbildung 5: Persönlich durchgeführte Befragung zum Thema Hochwasserrisiko.

Beispiel 7: Befragung „Naturgefahr Hochwasser“ in Großkirchheim

Im Frühling 2010 und im Frühling 2011 wurden **Befragungen** zum Thema „Hochwasser in Großkirchheim“ durchführt. Die Ergebnisse der Befragung dienten als Maßstab dafür, wie gut die Bevölkerung über das Thema Hochwasser im allgemeinen und das mögliche Restrisiko in Großkirchheim Bescheid weiß und – in der zweiten Befragungsrunde – wie wirksam die durchgeführten Informationsaktivitäten waren.

Es wurden jeweils 69 Personen von einer Studentin, die die Befragungsergebnisse gleich in den Laptop eingab, befragt. Da die Befragung mit einer Auswertung, ob Personen in einer gelben oder roten Zone wohnen verschnitten wurde, wurden auch

Name und Adresse abgefragt: Hier gab es trotz Zusicherung der Anonymität deutlichen Unwillen der Befragten, den Namen anzugeben. Nach einer gewissen Anlaufzeit begannen einige der Interviewten sich zu öffnen, zu erzählen oder Empfehlungen für Zeitzeugen zu geben.

Wenn der **Fragebogen** (Abbildung 6) nur ausgeschickt worden wäre und keine Mittlerrolle der Studentin, die im lokalen Dialekt sprach und Fragen auch erklärte, bestanden hätte, wäre die Anzahl der ausgefüllten Fragebögen niedriger gewesen.

Abbildung 6: Fragebogen IMRA Möll / Großkirchheim

1

IMRA Möll / Großkirchheim - FRAGEBOGEN

Zur Person

Nachname Vorname Befragung Nr. 1 2 3

Adresse (PLZ, Ort, Adr.) Telefon

Nennen Sie Ihren Hauptwohnsitz: Großkirchheim Sonstige

Nennen Sie Ihr Geschlecht: männlich weiblich

Nennen Sie Ihr Alter:

< 15 Jahre 40 - 60 Jahre
 < 20 Jahre 60 - 80 Jahre
 20 - 40 Jahre > 80 Jahre

Nennen Sie ihre höchste abgeschlossene Bildung:

Grundschule Matura
 Lehre FH/Universität

Nennen Sie Ihren Beruf:

Angestellte/r, Arbeiter/in Pensionist/in Arbeitslose/r
 Landwirt/in in Ausbildung Selbstständig
 Hausmann/-frau

Wie lange wohnen Sie schon in Großkirchheim?

< 10 Jahre 40 - 60 Jahre
 10 - 20 Jahre 60 - 80 Jahre
 20 - 40 Jahre > 80 Jahre

Nennen Sie den Typ Ihres Hauses/Ihrer Wohnung:

Bungalow Mehrfamilienhaus
 Einfamilienhaus Wohnblock
 Bauernhof

2

Einschätzung

Wohnen Sie Ihrer Meinung nach in einem Gebiet, das von Hochwasser betroffen sein könnte?

ja nein weiß nicht

Wenn ja: Wohnen Sie in einer gelben, gelb-roten oder roten Zone?

gelbe Zone rote Zone gelb-rote Zone weiß nicht

Wie besorgt sind Sie, dass es einmal zu einem Hochwasser kommen könnte?

sehr besorgt besorgt wenig besorgt nicht besorgt

Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die Wahrscheinlichkeit, dass Ihre Gemeinde in den nächsten 20 Jahren von Hochwasser betroffen sein wird?

sehr hoch hoch nicht sehr hoch nicht wahrscheinlich

Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die Wahrscheinlichkeit, dass Ihr Haus/das Gebäude in dem Sie wohnen in den nächsten 20 Jahren von Hochwasser betroffen wird?

sehr hoch hoch nicht sehr hoch nicht wahrscheinlich

Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die Wahrscheinlichkeit, dass anderes Eigentum von Ihnen (Geschäft, Betrieb, Garage, Schuppen, Garten, Ackerland) in den nächsten 20 Jahren von Hochwasser betroffen ist?

sehr hoch hoch nicht sehr hoch nicht wahrscheinlich

3

Vergangenes Ereignis

War Ihr Haus oder das Gebäude in dem Sie wohnen schon einmal von Hochwasser betroffen?

ja nein weiß nicht

Wenn ja, wie oft?

einmal zweimal dreimal öfter

Wann zum letzten Mal?

< 10 Jahre vor 30 bis 60 Jahren vor noch längerer Zeit
 vor 10 bis 30 Jahren vor 60 bis 100 Jahren nie

War Ihr anderes Eigentum jemals von Hochwasser betroffen?

ja nein weiß nicht

Wenn ja, wie oft?

einmal zweimal dreimal öfter

Mussten Sie, Ihre Familie oder Ihr Geschäft/Betrieb jemals wegen Hochwasser evakuiert werden?

ja nein weiß nicht

Haben Sie oder ein Mitglied Ihrer Familie sich jemals während eines Hochwassers ernsthaft bedroht gefühlt?

ja nein weiß nicht

Wie stark und wie schlimm hat das letzte Hochwasser ihr Leben im Allgemeinen beeinträchtigt?

Evakuierung Verlust der Arbeit Sonstiges
 Zerstörung des Eigenheims Psychische Folgeschäden keine Auswirkung

Glauben Sie, dass es irgendwelche positiven Auswirkungen nach der letzten Überschwemmung gab?

ja nein weiß nicht

Wenn ja, welche?

Hochwasserschutzmaßnahmen Verbesserung der Lebensumstände
 Entschädigung der Betroffenen Besserer Versicherungsschutz
 Aufklärung/Information der Betroffenen Sonstige

2.3 Phase 3: Festlegung von Maßnahmen zur Risikokommunikation

Sobald die Bestimmung der eigenen Position, der strategischen Partner, der Aufbau eines Akteursnetzwerks und die Analyse der Sichtweise der Öffentlichkeit abgeschlossen ist, kann mit der Entscheidung über weitere geeignete Maßnahmen für die Kommunikations- und Partizipationsstrategie begonnen werden.

Schritt 8: Einigung über Ziele der Kommunikations- und Partizipationsstrategie

Nach den Schritten 1 bis 6 und der im Schritt 7 erfolgten Abfrage des Standes des Wissens sollten die Ziele der Risikokommunikation nochmals geschärft und gegebenenfalls angepasst werden. Legen Sie genaue inhaltliche Ziele sowie einen Zeitrahmen fest und prüfen Sie nochmals ob Sie mit den gewählten Mitteln die Zielgruppe(n) erreichen (s. Beispiel unten). Es kann sinnvoll sein, die Ziele gemeinsam mit den Schlüsselpersonen festzulegen.

Mögliche Methoden für Schritt 8:

- Standortbestimmung Risikomanagement (S. 10)
- Workshop
- Öffentliche Diskussionsveranstaltung

Schritt 9: Festlegung der zielgruppenorientierten Kommunikation

Unter Öffentlichkeit versteht man einen offenen und unbegrenzten Personenkreis, alle Mitglieder und Organisationsformen einer Gesellschaft. Die breite Öffentlichkeit ist allerdings nicht einfach zu erreichen oder gar zu motivieren. Technische Fachleute nehmen oft an, dass es reicht, eine Art von Informationsmaterial z.B. eine Broschüre zu erstellen und es möglich ist, damit „Alle“ zu erreichen. Erfahrungen und die Erkenntnisse aus dem sozialen Marketing und der Psychologie haben jedoch gezeigt, dass jede Information und jede Öffentlichkeitsbeteiligung genau auf eine Zielgruppe abgestimmt werden muss.

Mögliche Methoden für Schritt 9:

- Ansatz der sozialen Milieus (S. 21)
- World Cafe (Kleingruppengespräche)
- Workshop

TIPP: Informationsmaterial sollte auf die Zielgruppen abgestimmt sein!

Beispiel 8: Zieldefinition anhand eines Schulprojekts

Ziele müssen immer genau beschrieben und möglichst gut überprüfbar sein. Ein Ziel kann so formuliert werden, wie in dem Beispiel „Schulprojekt“.

Ziel:

Ein Schulprojekt für mindestens **150 Schüler** (im Alter zwischen 10 und 18 Jahren) zum Thema **Hochwasserrisiko** und Raumplanung innerhalb des nächsten Schuljahres.

Das Schulprojekt besteht aus theoretischen Informationen und Planspielen. Das Ziel wurde gemeinsam mit Akteuren beschlossen, die auch in das Schulprojekt eingebunden werden.

Dieses Ziel ist

- genau: weil es detailliert beschreibt, welche Aktivitäten geplant sind;
- messbar: „mindestens 150 Schüler“; am Ende des Prozesses kann geprüft werden, ob die angestrebte Zahl auch tatsächlich erreicht wurde;
- realistisch: das Ziel ist insofern realistisch gewählt, als das Projektteam ein Jahr Zeit zur Verfügung hat, um das Projekt umzusetzen;
- relevant: das Ziel wurde erst nach einer Diskussion der Kommunikationsmaßnahmen gemeinsam mit Interessenvertretern definiert;
- mit genauem Zeithorizont: in diesem Beispiel wurde der Zeitrahmen mit der Festlegung „innerhalb des nächsten Schuljahres“ definiert.

Beispiel 9: Ansatz der sozialen Milieus

Die nähere Betrachtung der Zielgruppen ist deshalb so wichtig, weil durch Einstellungen oder Werthaltungen, die stark mit sozio-demografischen Merkmalen (Einkommen, Bildung, Beruf...) verknüpft sind, die Wahrnehmung von Risiko gefiltert wird. Werte, Einstellungen und sozio-demografische Merkmale können in sogenannte soziale Milieus eingeteilt werden. Personen, die etwa aus dem etablierten Milieu kommen, haben bestimmte Erwartungen an die Gestaltung von Informationsmaterialien und an die Kanäle, durch die es verteilt wird: angesehene Personen, hochrangige Wirtschaftsvertreter, Beiträge in der seriösen Tagespresse etc. Personen, die aus dem traditionellen oder konsumorientierten Milieu kommen, werden eher durch Aushänge in Schulen, Kirchen, Sportklubs, regionale Tageszeitungen, Gemeindezeitung, Postwürfe etc. erreicht.

Eine genaue Darstellung der sozialen Milieus einer Zielgruppe und der geeigneten Kommunikationsmaßnahmen können Marktforschungsinstitute durchführen. Für einen ersten Schritt einer Zielgruppenbestimmung

ist es aber auch ausreichend, anhand leicht zu bekommender Daten ein erstes Bild davon zu erstellen, welche Personengruppen im Projektgebiet leben.

In Großkirchheim wohnen 1621 Personen im Alter zwischen 14 und 54 Jahren. 80% der Einwohner haben einen Grundschul- oder Lehrabschluss; 7% haben eine höhere Schule besucht. 720 Personen sind berufstätig (600 davon Vollzeit), rund 50 sind arbeitslos. Die meisten Großkirchheimer arbeiten im Tourismus, in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft. Bei den letzten Gemeinderatswahlen wählten über 70% eine rechtskonservative Partei.

Auf Grund der vorliegenden Informationen zeichnete sich ab, dass die meisten Großkirchheimer zum traditionellen und dem konsumorientierten Milieu sowie der bürgerlichen Mitte zugeordnet werden können. Alle Aktivitäten wurden danach ausgerichtet: z.B. Gestaltung einer Ausstellung mit viel Bildmaterial aus der Region, Bildtexte im regionalen Dialekt, Zeitzeugen aus der Ortschaft, Information über die Gemeindezeitung.

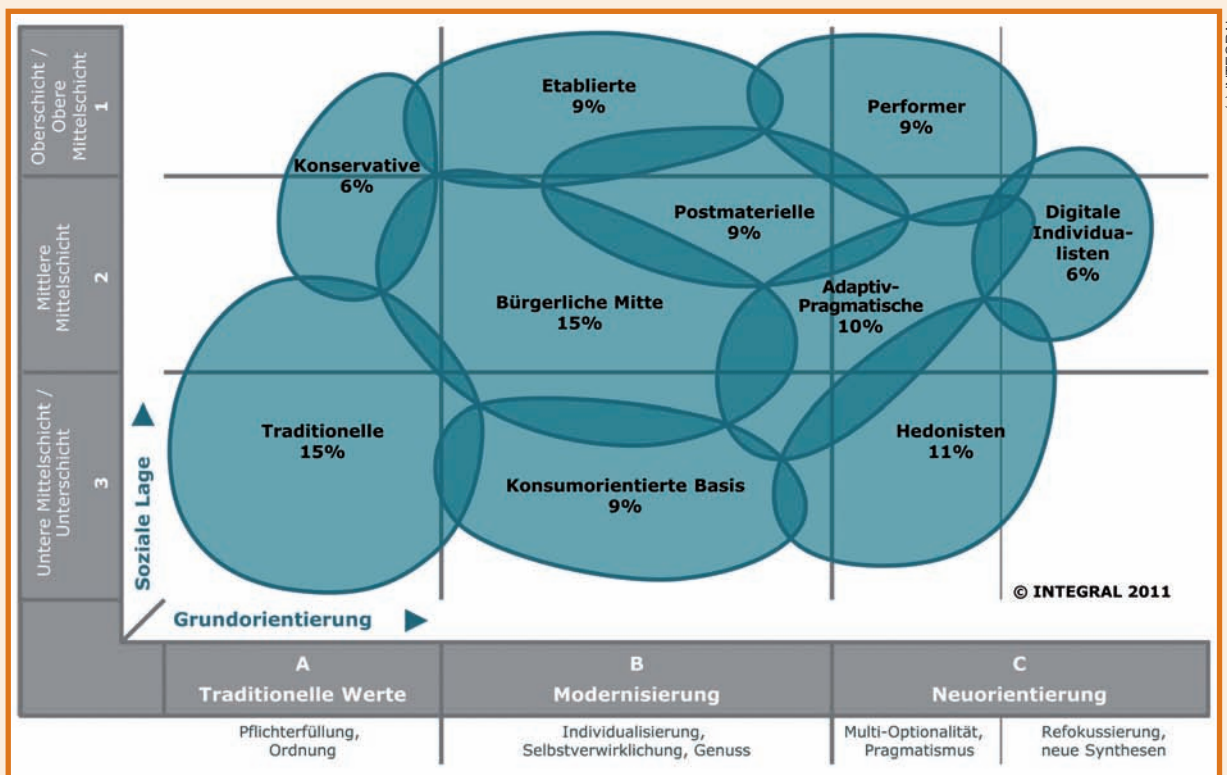


Abbildung 7: Die Sinus-Milieus in Österreich 2011. Soziale Lage und Grundorientierung. Grafik freundlicherweise zur Verfügung gestellt von INTEGRAL Markt- und Meinungsforschung, Wien

Weitere Informationen: IMRA-Handbuch (Fleischhauer et al. 2012, S. 28), Umweltverhalten UBA-Deutschland, Kleinhüchelkotten (2007), Ur-Flood Final Report (Waylen et al. 2011)

Schritt 10: Entwurf eines Plans für die Umsetzung der Kommunikations- und Partizipationsmaßnahmen

Ein Plan zur Umsetzung stützt sich auf die Ergebnisse der vorhergehenden Schritte und verbindet sie miteinander:

- Festlegung der Ziele (vgl. Schritt 8)
- Festlegung der Schlüsselpersonen (vgl. Schritt 4) und Zielgruppen (vgl. Schritt 9)
- Festlegung der Maßnahmen (vgl. Schritt 9)
- Ressourcen für jede Maßnahme (vgl. Schritt 3)
- Verantwortlichkeiten
- Zeitplanung
- Evaluierung
- Weitere Vorhaben (wenn zutreffend); wie beispielsweise Ausbildung von MitarbeiterInnen, um diese in die Lage zu versetzen, die Maßnahmen durchführen zu können; Unterstützung durch externe Experten usw.

Mögliche Methoden für Schritt 10:

- Standortbestimmung Risikomanagement (S. 10)

TIPPS:

Beachten Sie, dass es für die Wirkung der Risikokommunikation besser sein kann, wenn Sie Ihre Botschaft wiederholt und über mehrere Kanäle verbreiten.

Die Frage ist nicht ‚Was stimmt nicht mit den Leuten, warum wollen sie nicht verstehen?‘, sondern ‚Was verstehen wir nicht an unserer Zielgruppe?‘

Beispiel 10: Maßnahmenplan

Umsetzungsgegenstand	Ziel bzw. Unterziele	Zielgruppen	Soziale-Milieu-Gruppe	Maßnahmen	Material	Menschliche Ressourcen	Finanzielle Ressourcen	Umsetzungszeitraum	Verantwortliche Person
Kommunikationsstrategie Hochwasser-risiko-Management im Flusseinzugsgebiet des Chiascio	Schulung von mindestens 150 Schülern innerhalb des nächsten Schuljahres mit Fokus auf Risikobewusstsein betreffend Hochwasser-risiko in der Region in Verbindung mit Raumplanung	Schüler zwischen 10 und 18 Jahren	Mittelschicht und konsum-orientierte Basis	Unterrichts-stunden	Interaktives Spiel, Film-beitrag	5 Tage pro Schule (für Experten für Risikokommunikation und/oder Hoch-wasserrisiko	1.000 Euro für die Produktion der Materialien wie Film, Spiele, 10 Euro pro Schule für Kopien usw. + weitere Ausgaben	Schuljahr	Tevere Wasser-behörde (ver-antwortlich für Flusseinzugs-gebiet bzw. entsprechenden Abschnitt) Weitere IMRA-Projekt-partner der italie-nischen Unter-suchungsregion
				Schulwettbe-werb	Ausstellungs-halle/Foyer/Aula	6 Arbeitstage für die Vorbe-reitung, 1 Tag für die Einwei-sung pro Schule (Koordination, Kommuni-kation und Durchführungs-kompetenz	500 Euro je Schule (Vor-bereitung Ausstellung der Ergebnisse des Wettbewerbs und Sieger-ehrung)	Schuljahr	Tevere Wasser-behörde (ver-antwortlich für Flusseinzugs-gebiet bzw. entsprechenden Abschnitt) IMRA-Projekt-partner

2.4 Phase 4: Umsetzung

Nach Abschluss der Planungsaktivitäten geht es um die Umsetzung der Kommunikations- und Partizipationsmaßnahmen. Bei der Umsetzung handelt es sich um die wichtigste und zugleich zeitintensivste Phase des gesamten Prozesses.

Schritt 11: Umsetzung der Kommunikations- und Partizipationsmaßnahmen

Es ist wichtig, alle Aktivitäten gut zu dokumentieren: einerseits um allen Beteiligten einen Überblick über den Ablauf der Aktivitäten und eventuelle Ergebnisse zu geben und andererseits um die Effizienz der Maßnahmen auswerten zu können. Stellen Sie Protokolle, Zwischenberichte, Fotos und weitere Dokumentationen allgemein zur Verfügung (z.B. über die Projektwebseite).

Besonders wertvoll ist es, Rückmeldungen von Beteiligten abzufragen und auszuwerten:

- Wie waren Teilnehmer an Veranstaltungen zufrieden?
- Gibt es Anregungen, Lob, Kritik die vielleicht noch im Projekt zu Verbesserungen führen könnten?

Denken Sie bei allen Aktivitäten zur Information und Beteiligung, dass eine einfache Alltagssprache notwendig ist, um auch Menschen außerhalb eines begrenzten Fachgebietes zu erreichen. Für Fachbegriffe Ausdrücke zu finden, die auch für alle verständlich sind, kann herausfordernd sein. Versuchen Sie trotzdem Floskeln, Jargon und Fachausdrücke zu vermeiden

Mögliche Methoden:

- Webseiten
- Online Chat (Beispiel S. 26)
- Soziale Netzwerke (im Internet)
- Informationsstände (kleine Ausstellungen)
- Ausstellungen (Beispiel S. 25)
- Pressearbeit
- Schulprojekte (Beispiel S. 24)
- Bildungsinformation (Videos, Quiz, Videospiele, Brettspiele, Rätsel....)
- (Schul-)Wettbewerb
- Befragungen (Interviews oder Fragebögen)
- World Cafe (Kleingruppengespräche)
- Workshop
- Öffentliche Diskussionsveranstaltung
- Veranstaltungen, Events (Flussfeste, Katastrophenübungen)
- Visualisierungen von Hochwasserrisiko
- An Zielgruppen angepasste Broschüren, Infofolder und Flyer

TIPP: Nur eine klare, verständliche, angemessene Sprache, die nicht in der Routine der Jargons verweilt, kann in der sozialen Wirklichkeit ankommen.

Beispiel 11: Schulprojekt Gefahrenzonenplan für Kinder

Durch Schulprojekte können nicht nur Kinder für das Thema Hochwasser begeistert, sondern über sie auch Eltern oder Großeltern erreicht werden. Projektziel beim „Gefahrenzonenplan für Kinder“ (ein Gemeinschaftsprojekt der Bundeswasserbauverwaltung Kärnten und der Wildbach- und Lawinverbauung Kärnten) ist die Bewusstseinsbildung durch theoretische und praktische Übungen zum Thema Gefahrenzonenplanung und Hochwassergefahren. An zwei Tagen gestalten LehrerInnen den Unterricht zu den Themen Gefahren im Alltag, Gefahren in der Natur, Karten, Pläne, Maßstab und Gefahrenzonen. An einem weiteren Tag werden die erworbenen Kenntnisse unter Beisein von ExpertInnen der für Hochwasser zuständigen Institutionen an einem Gewässer der Heimatgemeinde ausprobiert. Am Wasser werden mitgebrachte Wasserräder aufgebaut: dabei erfahren die Kinder spielerisch verschiedene Einflüsse (Tiefe und Breite des Gerinnes, der Zusammenhang mit der Fließgeschwindigkeit, Wasserkraft). Dann bekommt jedes Kind ein Holzhäus-

chen, das es auf einen selbst gewählten Platz auf einer Schotterbank platzieren darf. Der Standort der Häuser wird anschließend in einen Plan eingetragen. So entsteht eine Siedlung am Wasser, die noch zusätzlich mit Brücken, Wegen, Pflanzen etc. gestaltet werden kann. Anschließend wird ein kleines, künstliches Hochwasser erzeugt und die Siedlung geflutet. Die Kinder besprechen die Ergebnisse der Überflutung und markieren mit roten und gelben Fähnchen die Zonen unterschiedlicher Zerstörung.

Weitere Informationen:

Projektmappe „Kinder erstellen einen Gefahrenzonenplan“ (Lebensministerium et al., 2005)

Film zum Gefahrenzonenplan für Kinder

Risk Education and Natural Hazards. CapHaz-Net WP6 Report (Komac et al. 2010)



Abbildung 8: Kinder setzen ihre selbstgebastelten Wasserräder in den Feistritzbach und testen die Kraft des Wassers.



Abbildung 9: Die Kinder platzieren ihre Modellhäuser und warten auf die große Flut. Werden sie das Hochwasser unbeschadet überstehen?



Abbildung 10: Die künstliche Flut reißt viele Häuser mit. Schutzdämme brechen.



Abbildung 11: Schadensanalyse nach der Flut. Was hat sich bewährt, was nicht.

Beispiel 12: Ausstellung „45 Jahre Hochwasserereignisse 1965/1966“, Großkirchheim

Zeitzeugeninterviews, Dokumente und Zeitungsausschnitte sowie die umfangreiche Dia-Sammlung eines Zeitzeugen bildeten das Material, aus dem die Ausstellung über die Hochwässer in Großkirchheim in den Jahren 1965 und 1966 entstand. Dabei wurde nur ein kleiner Teil der Ausstellung den wissenschaftlichen Hintergründen des Hochwassers gewidmet. Der Schwerpunkt lag auf Bildmaterial der damaligen Überschwemmungen, um einen Wiedererkennungseffekt für die lokale Bevölkerung zu haben. Zu den Bildern gab es kurze Texte über Erlebnisse von Zeitzeugen, die im lokalen Dialekt wiedergegeben wurden. Zusätzlich gab es Schaubilder der damaligen Berichterstattung in den Zeitungen. Außerdem informierte die Wildbach- und Lawinenverbauung mit interaktiven Anwendungen auf vier Themeninseln über Naturgefahren (Abbildung 13).

Die Ausstellung war nicht nur als reine Informationsaktivität, sondern auch als soziales Ereignis

geplant, um den Dialog zwischen den Einwohnern der Gemeinde anzuregen. Eingeladen wurde zur Ausstellung, die im Nationalparkzentrum stattfand, über die Gemeindezeitung.

Eröffnet wurde mit einem umfangreichen Rahmenprogramm: der Vorstellung laufender Projekte zu Hochwasserschutz und Naturgefahren in Großkirchheim durch Experten der Wasserwirtschaft des Landes Kärnten und der Wildbach- und Lawinenverbauung.

Besondere Lebendigkeit erhielt die Ausstellung durch die emotionalen Berichte von Zeitzeugen, die die verheerenden Ereignisse miterlebt hatten (Abbildung 15).

Für musikalische Umrahmung sorgte die Musikschule, und im Anschluss gab es ein Buffet. Zusätzliche Aufmerksamkeit erhielt die Ausstellung über Medienberichte zur Eröffnung.



Abbildung 12: Ausstellung 45 Jahre Hochwasserereignisse 1965/66 in Großkirchheim.



Abbildung 13: Infostand der WLW Kärnten.



Abbildung 14: Musikalische Gestaltung durch die örtliche Musikschule.



Abbildung 15: Ein Zeitzeuge berichtet.

Fotos: Revital

Umsetzung

Beispiel 13: Online Chat (Diskussionen im Internet)

Mit neuen elektronischen Medien können gewisse Zielgruppen (vor allem Jugendliche) gut erreicht werden, wenn auf schon bekannte Plattformen oder Internetseiten aufgebaut werden kann.

Bei einem Online Chat beantworten über einen bestimmten Zeitraum Experten oder Personen aus der Verwaltung Fragen rund um das Thema Hochwasser und Risiko.

Die Fragen und Antworten werden protokolliert und im Internet veröffentlicht und können dann auch von zusätzlichen Personen gelesen werden.

Manchmal gibt es auch einen zusätzlichen Gewinn von Aufmerksamkeit, wenn in Zeitungen über den bevorstehenden Online Chat geschrieben oder über dessen Ergebnisse berichtet wird.

Zu berücksichtigen ist, dass es ein starkes Stadt-Land-Gefälle in der Internetnutzung gibt. Auch die Unterschiede zwischen materiell besser gestellten und weniger verdienenden Haushalten sind nach wie vor groß.

Beispiel: Online Chat in Leichlingen (Wuppertal, Deutschland):

Ziel des Online Chats war es, Fragen zu Hochwasser und dem Schutz davor zu beantworten. Der Chat wurde in vier Zeitungen, im lokalen Fernsehen und auf der Webseite des Wupperverbandes und der Stadt Leichlingen angekündigt.

Weitere Informationen:

IMRA-Handbuch (Fleischhauer et al. 2012): S. 55

TIPP: Mit Internet und E-Mail werden nur gewisse Personenkreise erreicht; es bedarf zusätzlich noch herkömmlicher Informations- und Beteiligungsmethoden, um an alle Bevölkerungsgruppen heranzukommen.

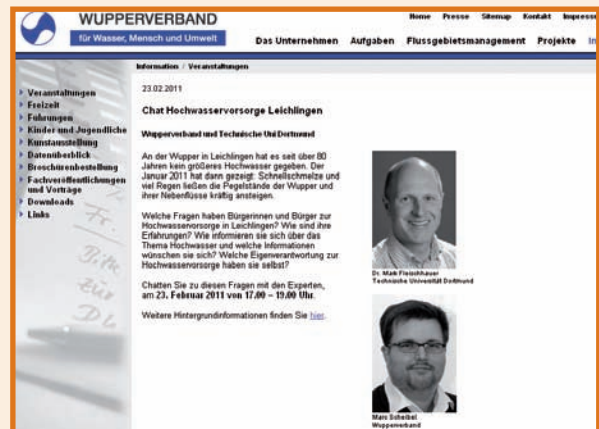


Abbildung 16: Ankündigung eines online-Chats und Beantwortung von Fragen.

Beispiel 14: Workshop „Verständlichkeit von Informationsmaterial“ in Großkirchheim

Zum Thema Hochwasserschutz ist Informationsmaterial in Form von Broschüren und Karten vorhanden. Meist werden diese Informationen von Verwaltungsbeamten und Fachleuten geschrieben. Dem Projektteam war es ein Anliegen, klare und allgemein verständliche Texte und Karten zum Thema Hochwasserschutz zu erstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Großkirchheimer Bürger eingeladen, die Verständlichkeit vorhandener Informationsmaterialien (Broschüren und Karten) zu diskutieren und Anregungen für Verbesserungen zu geben.

Die Diskussion fand im Nationalparkzentrum in Großkirchheim statt. Der bisher verteilte allgemeine Folder zur Gefahrenzonenplanung wurde von den Laien als zu wenig auf die konkrete Situation vor Ort eingehend empfunden. Sie wünschten sich Informationsmaterial mit Lokalbezug, wie es im Anschluss auch erstellt wurde. Im Rahmen des

Workshops kamen viele Anregungen der Laien zur besseren inhaltlichen und gestalterischen Ausführung des Kartenmaterials, die von der Wasserwirtschaft Kärnten als Richtlinien für technische Büros, die mit der Neugestaltung von Plänen beauftragt sind, übernommen wurden. Auch bei einer Veranstaltung im Lebensministerium zum Thema „Risikokarten“ wurden die Anregungen der Großkirchheimer vorgestellt.

TIPP: Fachausdrücke wie „100-jährlich“ werden von Laien nicht verstanden oder falsch interpretiert. Erklären Sie Fachausdrücke in allgemein verständlichen Worten.



Foto: Revital

Abbildung 17: Die Gefahrenzonenpläne werden genau unter die Lupe genommen.

Um-
setzung

Beispiel 15: Visualisierungen von Hochwasser und Wachhalten der Erinnerung

Die Erinnerung an vergangene Ereignisse ist ein bedeutender Teil der Risikokultur.

Für die Visualisierung von Hochwasser gibt es mehrere Ansätze. In allen geht es darum, die Erinnerung an vergangene Ereignisse und Erlebnisse der Menschen zu verankern.

Ein wichtiger Zeitpunkt innerhalb des kommunikativen Erinnerns ist dabei besonders 40 Jahre nach einschneidenden Erlebnissen und Erfahrungen erreicht, wenn deren Zeugen in ein Alter kommen, in dem zum einen verstärkt der Wunsch nach Erinnerung und Weitergabe der Geschichte aufkommt, zum anderen der Übergang zur nur noch medial vermittelten Erinnerung vollzogen werden muss.

Die Verankerung der Erinnerung kann auch durch Ritualisierungen wie jährliche Gedenkveranstaltungen, Flussfeste, regelmäßige Katastrophenübungen, Begehungen, Ausstellungen, (Schul-)Projekte mit Befragungen von Zeitzeugen etc. geschehen.

Beispiele:

- Ausstellungen
- Schaukästen
- Hochwassermarken vergangener Überflutungen
- Erinnerungstafeln und Gedenkstellen
- Flussfeste
- Gedenkveranstaltungen
- Katastrophenübungen
- Begehungen / Exkursionen
- Baustellentafeln
- Visualisierungen von Überschwemmungen u.ä.



Foto: TU Dortmund

Abbildung 18: Beispiel - Visualisierung des Wasserstandes bei einem 100-jährlichen Hochwasserereignis.



Foto: Abt. 30 Wasserschutzbauten (Südtirol)

Abbildung 19: Beispiel - Hochwasser- und Zivilschutzübung.



Foto: G. Koboltschning

Abbildung 20: Beispiel - Visualisierung künftiger Hochwasserstände auf einer Baustellentafel.



Foto: Büro Bolt

Abbildung 21: Beispiel - Visualisierung zur Wirkungsweise eines Hochwasser-Rückhaltebeckens.

Beispiel 16: Örtliche Überprüfung von Gefahrenzonenplänen



Foto: Revital

Abbildung 22: Die Kommissionierung von Gefahrenzonenplänen kann dazu genutzt werden, im Dialog mit den Betroffenen lokales Wissen einzubinden, gleichzeitig aber auch Risikobewusstsein zu schaffen.

Die in den technischen Richtlinien der Wasserbauverwaltung vorgeschriebene örtliche Überprüfung von Gefahrenzonenplänen bietet viele Gelegenheiten für Risikokommunikation rund um das Thema Hochwasserschutz.

Werden die Gefahrenkarten vor Ort mit der Bevölkerung diskutiert und auf Plausibilität überprüft, motiviert dies die Betroffenen, sich mit dem eigenen Hochwasserrisiko auseinander zu setzen. Aus der Erinnerung an vergangene Hochwasserereignisse entsteht unter Umständen wertvolles lokales Wissen, das zur Optimierung des Gefahrenzonenplans beitragen kann.

Gleichzeitig steigert die gemeinsame Diskussion vor Ort das Risikobewusstsein der Betroffenen!

2.5 Phase 5: Evaluierung

Alle Aktivitäten sollten einer abschließenden Beurteilung (Evaluation) unterzogen werden, um sie in einem Lernprozess ständig verbessern und weiterentwickeln zu können.

Schritt 12: Evaluierung (Überprüfung der Ergebnisse)

Nach Durchführung der geplanten Tätigkeiten zur Risikokommunikation sollten alle Ergebnisse einer abschließenden Bewertung unterzogen werden. So kann gezeigt werden, welche Ziele nicht erreicht, erreicht oder sogar übertroffen wurden oder ob unerwartete Wirkungen auftraten. Die Ergebnisse einer solchen Rückschau helfen, aus dem Projekt zu lernen.

Die Bewertung kann durch eine weitere Befragung der Öffentlichkeit (im Idealfall mit den gleichen Personen), durch eine abschließende Diskussion mit Schlüsselpersonen oder durch eine Selbstbewertung des Projektteams erfolgen. Es kann auch eine Kombination von zwei oder allen drei Bewertungsarten verwendet werden.

Mögliche Methoden für Schritt 12:

- Standortbestimmung Risikomanagement (2. Durchgang; S. 10)
- Weitere Befragungsrunden mittels Interviews oder Fragebögen; Beispiele S. 17 und 18)
- Workshop

Weitere Informationen:

IMRA-Handbuch (Fleischhauer et al. 2012, S. 22)
Standards für Öffentlichkeitsbeteiligung, S. 21

TIPP: *Beteiligung verdient Wertschätzung: vergessen Sie nicht, sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Engagement zu bedanken!*

3 Literatur und Links

Assmann, J. (1988): **Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität**. In: Kultur und Gedächtnis. Frankfurt/Main, Surkamp.

Bundesministerium f. Verkehr, Innovation u. Technologie (2008): **Leitfaden Öffentlichkeitsbeteiligung im Hochwasserschutz**. Wien.

Arbter, K.; Handler, M.; Purker, L.; Tappeiner, G. & Trattnigg, R. (2005): **Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung**. Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hg.). Wien.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2008): Wippermann, C.; Calmbach, M. (SINUS-Institut), Kleinhückelkotten, S. (ECOLOG-Institut): **Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten**. Heidelberg, Hannover.

Covello, V. & Allen F. (1988): **Seven Cardinal Rules of Risk Communication**, United States Environment Protection Agency (Hrsg), Washington.

EK – Europäische Kommission (2001): **Europäisches Regieren – ein Weißbuch**. Brüssel, KOM(2001) 428.

Europäisches Parlament und europäischer Rat (RL 2007/60/EG): Richtlinie über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken - **Hochwasser-richtlinie**.

Europäisches Parlament und europäischer Rat (RL 2000/60/EG): Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik - **Wasserrahmenrichtlinie**.

Evers, M., Maksimovic C., Jonoski, A.; Lange, L.; Ochoa Rodriguez, S.; Dinkneh Teklesadik, A.; Makropoulos, C. (2011): Decentralised Integrated Analysis and Enhancement of Awareness through Collaborative Modelling and Management of Flood Risk [DIANE-CM], CRUE Final Report II-1.

Firus, K.; Fleischhauer, M.; Greiving, S.; Grifoni, P.; Stickler, T. (2011a): **Planning and implementing communication and public participation processes in flood risk management. Procedural guidelines and toolbox of methods**. Technische Universität Dortmund, Dortmund.

Firus, K.; Fleischhauer, M.; Greiving, S.; Stickler, T.; D'Andrea, A.; Ferranti, C.; Flex, F.; Koboltschnig, G.; Fangucci, G.; Scheibel, M.; Ebers, M.; Sereinig, N.; Malvati, P.; Grifoni, P.; Bagnini, S.; Guzzo, T.; Vitale, V.; Wanczura, S. (2011b): Integrative flood risk governance approach for improvement of risk awareness and increased public participation, **IMRA Final Report II-4**. Rome, Dortmund, Wuppertal, Vienna, Klagenfurt.

Fleischhauer, M.; Firus, K.; Greiving, S.; Grifoni, P.; Stickler, T. (2012): Planung und Umsetzung einer Kommunikations- und Beteiligungsstrategie im Hochwasserrisikomanagement – Verfahrensleitfaden und Methodenbaukasten (**IMRA-Handbuch**). Technische Universität Dortmund, Dortmund.

Heinrichs, H.; Grunenberg, H. (2007): **Risikokultur – Kommunikation und Repräsentation von Risiken am Beispiel extremer Hochwasserereignisse**. Lüneburg.

Kleinhückelkotten, S. (2007): **Soziale Milieus als Zielgruppen in der Bürgerbeteiligung und Engagementförderung**. Freiburg, 20.10.2007.

Film zum Gefahrenzonenplan für Kinder http://www.raumberg-gumpenstein.at/c/index.php?option=com_content&task=view&id=1069&Itemid=375

Komac, B; Ciglic, R; Erhartic, B; Gašperic, P; Kozina, J; Orožen Adamic, M; Pavšek, M; Pipan, P; Volk, M & Zorn, M (2010): **Risk Education and Natural Hazards. CapHaz-Net WP6 Report**. Anton-Melik Geographical Institute of the Scientific Research Centre of the Slovenian Academy of Sciences and Arts, Ljubljana

Lebensministerium, Wildbach- und Lawinenverbauung und Interpraevent (2005): **Kinder erstellen einen Gefahrenzonenplan**. Pilotprojekt (Projektmappe).

Lebensministerium, (2006): **Richtlinien zur Gefahrenzonenausweisung**. BMLFUW, Wien.

Lin I. and Petersen, D.D.: (2007): **Risk Communication in Action: The Tools of Message Mapping**. National Risk Management Research Laboratory, Office of Research and Development, Cincinnati.

Nicolini, M. (2001): **Sprache. Wissenschaft. Wirklichkeit. Zum Sprachgebrauch in inter- und transdisziplinärer Wissenschaft**. Klagenfurt – Wien.

OECD (2009): **Die Bürger im Blick: Öffentliches Engagement für bessere Politik und bessere Dienstleistungen.** Paris.

PLANAT (2012): **Praxiskoffer Risikodialog Naturgefahren;** Nationale Plattform Naturgefahren PLANAT (Hrsg.), Bern, download unter www.planat.ch/risikodialog

REACH-Helpdesk, abgerufen im März 2012: <http://www.reachhelpdesk.at/konsumenten/erkennen-schuetzen-vermeiden/gefahr-und-risiko/>

Renn, O: **Sicherheit, Risiko und Vertrauen.**
In: Winzer, P.; Schnieder, E. ; Bach,F.-W (2010):
Sicherheitsforschung: Chancen und Perspektiven.
acatech – deutsche Akademie der Wissenschaften,
Springer Verlag, Berlin-Heidelberg.

Renn, O. (2008): **Risk Governance: Coping with uncertainty in a complex world.** London, Earthscan.

Renn, O., Schweizer, P.-J. (2009): **Inclusive Risk Governance: Concepts and Application to Environmental Policy Making.** Environmental Policy and Governance 19, pp. 174-185.

Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung (2008):
vom österreichischen Ministerrat beschlossen am
2. Juli 2008.

Strategiegruppe Partizipation (2004): **Arbeitsblätter zur Partizipation, Nr. 2: Der Nutzen von Öffentlichkeitsbeteiligung aus der Sicht der Akteurlnengruppen.** Wien.

Walker, G; Whittle, R; Medd, W & Watson, N (2010):
Risk Governance and Natural Hazards. CapHaz-
Net WP2 Report. Lancaster Environment Centre,
Lancaster University; Lancaster

Waylen, K., Aaltonen, J., Bonaiuto, M., Booth, P., Bradford, R., Carrus, G., Cuthbert, A., Langan, S., O'Sullivan, J., Rotko, P., Twigger-Ross, C. & Watson, D., 2011: **UR Flood – Understanding uncertainty and risk in communicating about floods.** CRUE Final Report II-7, 109 pp.

Die sieben Kardinalsregeln der Risikokommunikation

- Akzeptieren Sie und involvieren Sie die Öffentlichkeit als Partner.
- Planen Sie sorgfältig und evaluieren Sie Ihre Maßnahmen.
- Hören Sie auf die Anliegen der Öffentlichkeit: Glauben Sie nicht, diese vorweg schon zu kennen.
- Schaffen Sie Vertrauen und Transparenz mit ehrlicher und offener Kommunikation.
- Bauen Sie ein Netzwerk aus vertrauenswürdigen Partnern auf.
- Etablieren Sie Medienkontakte.
- Sprechen Sie klar, ohne Fachausdrücke, nehmen Sie Emotionen zur Kenntnis.

